

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Berlin und Angelandteilung. Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2800-2801.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Bürgerblockkomplott.

Brotwucher für Dawes-Gutachten.

Der Zeitpunkt ist nahe, an dem der Wille zur Verständigung Wirklichkeit werden muß. Vor Frankreich und England steht die Londoner Konferenz, vor Deutschland die Erledigung der Gesetze zur Ausführung der Gutachten. Je näher der Augenblick des Handelns kommt, um so stärker wird die Arbeit der Opposition hüben und drüben. Jenseits der Grenze zielt sie auf den Sturz Herriots, diesseits der Grenze auf die Herbeiführung des Bürgerblockregiments. Das Treiben der nationalistischen Opposition in Frankreich arbeitet den deutschen Chauvinisten und Reaktionären in die Hände und umgekehrt.

Das Treiben der Bürgerblockfanatiker ist ebensowenig unabhängig von der Frage der Ausführung der Gutachten und des Kurzes der Außenpolitik wie die Frage des Achtstundentages und der Lastenverteilung. Je deutlicher es hervortritt, daß die Deutschnationalen und ein Teil der Deutschen Volkspartei auf die Annahme der Gutachten den Bürgerblock aufbauen wollen, um so klarer wird auch, daß der Bürgerblock in der Außenpolitik das Steuer nach rechts werfen soll.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heßt Lenich die Regierung auf, jene Politik wieder aufzunehmen, die vor der Ruhrbesetzung Deutschland zum Verhängnis geworden ist — jene Politik, die vor einem Beweis des guten Willens Deutschlands vom Gegner den ersten Schritt, Garantien und Zusicherungen fordert. Mit einer solchen Politik wird man niemals zum Frieden kommen.

Ebensowenig aber, wenn in Deutschland die Durchführung der Verpflichtungen aus dem Gutachten in die Hände einer reaktionären Regierung gerät. Diese Gefahr ist gegeben. Es ist ein Handel im Gange, der den Deutschnationalen den Weg in die Regierung öffnen soll. In der „Vossischen Zeitung“ las man kürzlich darüber:

„Schon trifft man alle Vorbereitungen, um den Kampf um die Republik zu vereiteln. Man verspricht den Deutschnationalen Schutzschilde für Getreide als Preis für Abkommandierungen bei den Parlamentsberatungen über die Dawes-Gesetze. Es soll auf alle Fälle die Auflösung des Parlaments verhindert werden, damit hinterher, wenn die Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Projekt aktuell wird, der alte reaktionäre Zollklingel aus der Kaiserzeit wieder seine Geschäfte auf Kosten des deutschen Volkes machen kann. Wenn das die deutschen Republikaner wieder über sich ergehen lassen, dann haben sie das Schicksal verdient, an dessen Vorbereitung man jetzt bereits in allen deutschen Amtsstuben eifrig arbeitet.“

Die „Frankfurter Zeitung“ findet diese Version nicht unwahrscheinlich. Der Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei auf seiner Tagung in Frankfurt am Main drückt den Willen zum Bürgerblock deutlich genug aus. Der Feldzug des Reichslandbundes, der Getreideschutzschilde noch vor der Ernte von der Regierung fordert, spricht ein übriges.

Die Deutschnationalen wollen sich demnach die Sicherung der Zweidrittelmehrheit für die Gesetzentwürfe aus dem Gutachten abtaufen lassen gegen die Zusicherung des Brotwuchers noch in diesem Jahre. Sie sind zu Abkommandierungen bei der Abstimmung bereit — wohlverstanden zu Abkommandierungen, nicht zur geschlossenen Zustimmung, damit die Fraktion als Ganzes das patent-

nationale Gesicht gegenüber den Wählern und gegenüber den Völkischen wahren kann. Dieser verlegene Ausweg soll verdecken, daß ihnen Brotwucher und Profit höher stehen als der Kampf gegen das „zweite Versailles“.

Diese Vorgänge geben das Bild eines politischen Komplotts, dessen Ziel der Bürgerblock ist. Bürgerblock bedeutet aber nicht nur politische und soziale Reaktion im Innern, nicht nur Abwälzung der Reparationslasten auf die Massen, nicht nur neuen Brotwucher, sondern Gefährdung der Politik der Verständigung, Verewigung der Friedlosigkeit und Unsicherheit Europas.

Das Bürgerblockkomplott will der Außenpolitik des Friedens die innerpolitische Grundlage entziehen. Es will die sozialen Schutzbestimmungen, die das Gutachten für die deutsche arbeitende Bevölkerung enthält, zertrümmern, und damit den sozialen Sinn des Gutachtens verfälschen.

Hat die Regierung teil an diesem Komplott?

### Brandenstein Nummer zwei.

Leitheuer lacht vor den Völkischen.

Die Nationalsozialisten in Thüringen haben den deutschen nationalen Ministerpräsidenten Leitheuer inquiriert wie seinerzeit die Völkischen in Mecklenburg Herrn v. Brandenstein. Herr Leitheuer hat sich ebenso benommen wie Herr v. Brandenstein seinerzeit — er hat sich mit unklaren Erklärungen zu drücken gesucht. Die Rechtspresse berichtet darüber aus Weimar:

„In der heutigen Landtagssitzung stellte die Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei eine Anfrage an die Regierung, in der sie Aufklärung darüber forderte, ob es den Tatsachen entspreche, daß — wie eine heftige Zeitung schreibt — in einer Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung über das Sachverständigen-Gutachten sich der thüringische Ministerpräsident für die Annahme des Gutachtens ausgesprochen habe. Falls das den Tatsachen entsprechen sollte, mißbillige das die Nationalsozialistische Freiheitspartei auf das entschiedenste. Der Staatsminister Leitheuer bezeugte diese Nachricht, vorbehaltlich späteren Befehdes auf die Anfrage, als größtenteils unzutreffend. Die Verhandlung beim Reichszentraler sei vertraulich gewesen. Die Presse-Nachricht könne nur auf irgendwelchen Kombinationen von nichtverantwortlicher Seite beruhen.“

Die amtliche Mitteilung der Reichsregierung stellte ausdrücklich fest, daß außer Herrn v. Brandenstein alle Ministerpräsidenten der Länder ihre Zustimmung gegeben hätten, also auch Herr Leitheuer. Ist das „größtenteils unzutreffend“? Zu wieviel Prozent will Herr Leitheuer denn seine Zustimmung gegeben haben? Es ist das gewohnte Bild: in Berlin scheuen sich die rechtsparteilichen Herren Ministerpräsidenten das Odium der Verantwortungslosigkeit auf sich zu nehmen, in ihren Landtagen leugnen sie verantwortungslos ab, daß sie in Berlin — sei es aus Einsicht oder aus Feigheit — die Politik der Verantwortlichkeit billigten.

## Das Los der Arbeitslosen.

Unzureichende Fürsorge.

Von H. Krähig.

Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit nehmen wieder in verschiedenen Industrien in geradezu unheimlicher Weise zu. Wahre Schreckensnachrichten kommen in dieser Beziehung aus der Schuhindustrie. Auch verschiedene Zweige der Textilindustrie geraten in einen ähnlichen Zustand der Ersparung, wie im Herbst vorigen Jahres, wo in dieser Industrie infolge der Inflationstriebe eine kolossale Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Der Mangel an Kaufkraft und an Kapital bringt auch zahlreiche Betriebe anderer Industriezweige in immer größere Existenzgefahr, aus der man sich durch Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen zu retten sucht.

Wir stehen also wieder vor einer wesentlichen Verschärfung des Erwerbsloseneulends. Wir sind dieses Elend nicht ganz los geworden. Viele, viele Tausende hatten noch keine Arbeit gefunden, als die neue Welle der Erwerbslosigkeit herantrieb, andere Tausende hatten kaum ein paar Wochen gearbeitet, als ihnen die Existenz durch neue Erwerbslosigkeit weggespült wurde, und weiteren Tausenden, die heute noch an der Arbeit stehen, droht täglich daselbe Schicksal.

Angesichts dieser traurigen Sachlage gilt es einmal festzustellen, wie es denn heute mit der Fürsorge für die Opfer der Erwerbslosigkeit bestellt ist. Und da muß man leider sagen: Sehr schlecht! Für die Kurzarbeiter besteht keinerlei Fürsorge und für die ganz Erwerbslosen eine Standards ungenügende. Der über 21 Jahre alte Erwerbslose bekommt in der höchsten Ortsklasse ganze 85 Rentenfennige Unterstützung pro Tag. Wo soll das hinreichen! Und für die Kurzarbeiter hatte vor einigen Tagen erst Sachsen und Thüringen den Antrag auf Unterstützung gestellt.

Wie eine Besprechung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in dieser Frage mit einem Regierungsvertreter ergab, liegt die ganze Erwerbslosenfürsorge sehr im Argen. Das Reich hat sie den Ländern aufgebürdet, wodurch eine schnelle und einheitliche Regelung unmöglich geworden ist. Vor dieser Regelung hatte es der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages jederzeit in der Hand, das Reichsarbeitsministerium vorwärts zu drängen, um der steigenden Not wirksamer zu steuern. Jetzt heißt es: Ja das Reichsarbeitsministerium hat eigentlich gar keine Möglichkeit mehr, in bezug auf Erhöhung der Unterstützung aus eigener Initiative vorzugehen, da jetzt die Länder zuständig sind. Das kann aber unmöglich so bleiben.

Diese neue Regelung der Erwerbslosenfürsorge krankt an Hand und Fuß. Es soll diese Regelung ein Uebergangszustand von der Erwerbslosenfürsorge zur Erwerbslosenversicherung sein. Das soll nicht bestritten werden. Nur sei bemerkt, daß man von beiden das für die Arbeiter Ungünstige in diesen Uebergangsweg hineinpraktiziert hat. Von der Versicherung hat man die obligatorische Beitragsleistung hineingekommen und von der Fürsorge die fakultative Unterstützung. Das ist ein ganz unmöglicher Zustand. Wenn für jeden Arbeiter die Beitragspflicht besteht, muß er auch ein Anpruchsrecht auf Unterstützung haben. Viele Tausende haben dieses Recht nicht, sondern müssen von Verwandten durchgehalten werden. Dazu kommt als weiteres ungünstiges Moment die Dezentralisierung der Unterstützung. Jede Gemeinde ist auf sich selbst gestellt. Die eine Gemeinde hat keine oder nur wenig Erwerbslose, die andere wieder wird von der Zahl der Erwerbslosen völlig ruiniert. Es sollen Gefahrengemeinschaften geschaffen werden, die einen Ausgleich in der Verteilung der Lasten, sowohl bezirksweise, wie über das ganze Reich vornehmen sollen. Die mühten aber schon jetzt funktionieren. Leider ist aber diese Sache noch weit im Felde. Die Länderregierungen müssen doch erst ihre Zustimmung geben, was nicht immer ganz leicht ist. Breußen z. B. will nicht so, wie das Reichsarbeitsministerium will. Dieses will die Gemeinden im Rahmen eines Landesamtes für Arbeitsvermittlung, und die Landesämter in einer Gefahrengemeinschaft über das Reich zusammenschließen, und jede Gefahrengemeinschaft durch paritätisch zusammengesetzte Verwaltungen leiten lassen. Preußen will diese Gefahrengemeinschaft begrenzen auf die Regierungsbezirke und es will wohl auch keine paritätische Verwaltung. Uns scheint der preussische Vorschlag nicht zweckmäßig. Wir halten die Gefahrengemeinschaft für zweckmäßiger, je größer sie sind. Zusammengehörige Wirtschaftsgebiete sollen nicht in zu viele Teile zerlegt werden. Aus diesem Grunde ist die Teilung, die das Arbeitsministerium vorschlägt, zweckmäßiger. Ebenso müssen die Arbeiter auf der paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltung bestehen. Im Interesse der Erwerbslosen muß dringend erjucht werden, daß sobald wie möglich eine Uebereinstimmung zwischen Preußen und dem Reichsarbeitsministerium herbeigeführt wird.

Weiter ist zunächst nötig, die Kurzarbeiterunterstützung wieder einzuführen. Die Regierungen leute glauben, die Kurzarbeit werde von den Unternehmern ausgenutzt, die Risiken, die sie früher trugen, auf die Allgemeinheit abzumwälzen, indem sie nicht auf Lager arbeiten lassen, sondern Kurzarbeit einführen. Diese Bedenken der Regierung teilen wir nicht. Modewechsel und Man-

## Die Pariser Besprechungen.

Herriot optimistisch.

Paris, 9. Juli. (W.T.B.) Beim Verlassen der englischen Botschaft nach den Besprechungen der vergangenen Nacht hat Herriot erklärt, er habe von dem Fortschritt der Verhandlungen einen günstigen Eindruck. Man glaube heute zu einem gemeinschaftlichen Text zu gelangen, in dem der französisch-englische Standpunkt hinsichtlich der Durchführung des Sachverständigenplanes dargestellt werde. Die Londoner Konferenz werde dann die endgültigen Modalitäten zu bestimmen haben. Die Verhandlungen beginnen heute um 10 Uhr von neuem. Nach dem Frühstück, das um ein Uhr beginnt, werden Herriot und Macdonald die Presse empfangen.

Paris, 9. Juli. (W.T.B.) Im Anschluß an die gestern abend wieder aufgenommenen Besprechungen in der englischen Botschaft ist folgender Bericht ausgegeben worden: Die Unterredung zwischen Macdonald und Herriot hat um 9 Uhr 50 Minuten in der englischen Botschaft wieder begonnen. Es wohnten ihr bei englischerseits Lord Cromer, Sir Eric Cross, Oberst Waterhouse, Selby und der englische Botschaftsrat in Paris Eric Phipps, französischerseits Peretti della Rocca, Soudoux, Parmestier, Massigli und der Rabinetschef Herriots Bergery. Die Verhandlungen waren erst nachts 1 Uhr 55 Minuten zu Ende.

### Eine Kompromißformel?

Die III. meldet aus Paris: Die Besprechungen zwischen Macdonald und Herriot haben nach einer Aeußerung, die der englische Premier englischen Pressevertretern gegenüber getan hat, folgende Punkte zum Gegenstand: 1. Beauftragung einer Abperschaft mit der Feststellung deutscher Verletzungen, 2. Sicherung der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet nach Rückkehr zur unsichtbaren Besatzung, 3. Einladung Deutschlands zur Konferenz vom 16. Juli und die näheren Voraussetzungen zu dieser Einladung.

Zu Punkt 1 scheint nach übereinstimmenden Angaben gut unterrichteter politischer Informationen eine Lösung zwischen den beiden Ministerpräsidenten dahingehend erzielt worden zu sein, daß die durch Hinzuziehung eines nicht offiziellen amerikanischen Delegierten umgebildete Reparationskommission, der als Vertreter der ausländischen Geldgeber fungiert, die Feststellung der Verletzungen besorgen wird. Die Anwesenheit des amerikanischen Delegierten wird zur Folge haben, daß Frankreich und Belgien nicht mehr die Mehrheit in der Reparationskommission besitzen.

Wie weit eine Einigung hinsichtlich der anderen Punkte zustande kommt, wird sich erst heute abend aus dem in Aussicht gestellten Kommuniqué ergeben lassen. Natürlich hält Berlin im „Echo de Paris“ auch diese Kompromißformel für ungenügend, obwohl selbst er hervorhebt, daß sie besser sei als der ursprüngliche englische Plan der Bestimmung des Finanzausschusses des Völkerbundes mit der Feststellung deutscher Verletzungen. Insofern scheint der Pariser Berichterstatter der „Times“ recht zu haben, wenn er schreibt, jedes Uebereinkommen, zu dem Macdonald und Herriot gelangen würden, würde angesichts der unendlich scharf entgegengesetzten Auffassung der beiden Länder eine verhängnisvolle Wirkung in Paris ausüben, wenn es irgendwie die Machtbefugnisse der Reparationskommission zu beeinflussen scheint.

Ein gestern in Paris verbreitetes Gerücht von dem Rücktritt des Generalsekretärs des französischen Auswärtigen Amtes Peretti della Rocca ist bisher weder bestätigt noch dementiert worden.

Aus Amerika wird der „B. J.“ gemeldet, daß die Washingtoner Regierung ihren Botschafter in Berlin Houghton zum zweiten Vertreter der Vereinigten Staaten auf der Londoner Konferenz bestimmt habe.

Der Konvent der Sozialisten hat den Senator Lafollette zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl gewählt. Lafollette wird also als Kandidat der Sozialisten und der Fortschrittler aufzutreten.

gel an Kapital hindern heute in zahlreichen Industriezweigen ohne Aufträge auf Lager zu arbeiten. Unter den Folgen dieser offenkundigen Tatsachen, die eine Wirkung der gegenwärtigen Weltwirtschaft sind, dürfen die Hunderttausende von Kurzarbeitern nicht verkommen. Da das Reichsarbeitsministerium die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung von der Initiative der Länderregierungen abhängig macht, so müssen die Arbeiterorganisationen, die Kurzarbeiter haben, dort auf Unterstützung dringen. Im übrigen muß in den Ausschüssen des Reichstages jetzt sofort die Erwerbslosfrage einer gründlichen Durchberatung unterzogen werden, um sie einer zufriedenstellenden Lösung entgegenzuführen. Und dazu ist zu sagen, daß es ein Unding ist, diese Frage in zwei Ausschüssen zu behandeln. Der sozialpolitische Ausschuss soll die Unterstüßungsfrage und der volkswirtschaftliche die Frage der produktiven Fürsorge regeln. Wir Sozialdemokraten haben es als unsozialistisch zurückgewiesen, die Erwerbslosigkeit zu einer Frage der Unterstüßung im Sinne der sozialpolitischen Bettelesuppenspolitik machen zu lassen. Die Erwerbslosigkeit ist eine Wirtschaftsangelegenheit, die vor den Ausschuss für Volkswirtschaft gehört, wo sie bisher in sehr guten Händen war, und von dort offenbar nur deshalb weggenommen werden soll, weil darauf gehalten wurde, die brachliegende Arbeitskraft nicht nach den Unterstüßungsregeln für verbrauchte Arbeitskraft abspesen zu lassen.

### Der Troßbube.

Die Presse des Unternehmertums hat eine wütende Heße gegen den Achtstundentag entfesselt. Sie bekämpft den Achtstundentag mit nationalstiftischen Bräfen. Ihr Rationalismus ist Mittel zum Zweck sozialer Reaktion. Am widerlichsten ist es, wenn diese Heße gegen Achtstundentag und Arbeiterchaft in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von Paul Vensch persönlich betrieben wird.

Vensch veröffentlicht in der „D.A.Z.“ eine Zusammenstellung von irrsinnigen Verdrehungen und Anwürfen gegen die Internationale Arbeiterkonferenz:

„Sie bedeutete ihrer Tendenz nach ein Attentat auf das deutsche Volk, dem man eine neue Hungerblockade und eine völlige Zerstörung seiner Wirtschaft zugebracht hätte.“

„Diesmal wollte man uns mit Samtpföchen erürgen, und wie man im Namen des Christentums und der Bruderliebe entsetzliche Taten begangen, so sollte jetzt die „Sozialpolitik“ und die „Arbeiterfürsorge“ den Schanddeckel abgeben für den Plan, Deutschland zu ruinieren.“

„Hall! donnert es plötzlich herüber von Genf vom Internationalen Arbeitskongreß, der — lucus a non lucendo — eine Organisation zur Verhinderung der Arbeit ist.“

„Man sieht draßlich, wie die „völkerbefreiende“ Sozialdemokratie hier zum Troßknecht der scheußlichsten Kapitalismus wird, der ein freies, stolzes Volk am Boden hält, und dem nun die Sozialdemokratie mit ihrer „Sozialpolitik“ zu Hilfe kommt.“

Troßbuben des Kapitalismus, weil wir für den Achtstundentag kämpfen? Weil wir uns der sozialreaktionären Offensiven entgegenwerfen, die von Stinnes und seinen Halbvingen in der „D.A.Z.“ geführt wurde? Das in der „D.A.Z.“, dem Organ von Stinnes Erben?

Wir verstehen, wenn jemand im Verlauf seines Lebens und seiner Erfahrungen seine Anschauungen ändert und neu-gewonnene Einsichten nach bestem Gewissen verteidigt. Aber im Falle Vensch handelt es sich um anderes, um eine entehrende Knechtschaft im Dienste von Stinnes Erben und der Scharfmacherinteressen. Ist es völlige Abwesenheit von Schamgefühl, ist es ungewollte Selbstironie, die durch das Gefühl der eigenen schimpflichen Knechtschaft zu erklären ist, wenn Vensch seine irrsinnigen Anwürfe überschreibt: Der Troßbube?

### Ist die Reichswehr dazu da?

Ein paar Anfragen an Dr. Gehler.

Ist der Herr Reichswehrminister Dr. Gehler, demokratisches Mitglied der Reichstagsfraktion, mit seiner Partei und mit der Reichsregierung darin einig, daß es heute nationale Pflicht aller vernünftigen Deutschen ist, alles zu vermeiden, was eine friedliche, baldige und für unser Land möglichst vorteilhafte Lösung des Reparationsproblems zu erschweren geeignet ist?

Ist nicht auch Dr. Gehler der Ansicht, daß die ewigen Militärgefeiern, besonders in der Form, wie sie zumeist in letzter Zeit veranstaltet werden, eine solche Erschwerung bedeuten?

Ist es nicht auch die Meinung Dr. Gehlers, daß ein Kummel, wie der jüngste „Artillerietag“ in Würzburg ganz besonders geeignet ist, die außenpolitischen Interessen Deutschlands in einem kritischen Augenblick zu schädigen?

Empfindet es nicht der Reichswehrminister als eine sowohl außen- wie innenpolitische Belastung der Reichswehr, wenn bei jeder Gelegenheit aktive Reichswehrformationen vor abgesetzten und abgedankten Prinzen besichtigen, Salben abschlecken usw., wie dies in Würzburg vor Rupprecht geschehen ist?

Ist die Reichswehr dazu da, die Interessen des Vaterlandes im Notfall zu schützen, oder diese Interessen zu gefährden?

Und wenn, wie wir es ohne weiteres vom demokratischen Reichswehrminister Dr. Gehler annehmen wollen, er auf alle diese Fragen die gleiche Antwort erteilt, die mit uns jeder Deutsche erteilen würde, der über ein Mindestmaß von politischer Vernunft verfügt, ist er bereit, die Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen?

Ist er entschlossen, in Zukunft allen Teilen der Reichswehr die Beteiligung an Feiern zu untersagen, die mit ausgesprochenem chauvinistischer Tendenz unter Leitung der Feinde der Republik und der Verfassung veranstaltet werden? Oder, wenn er sich zu einem generellen Verbot nicht aufraffen kann, will er sich nicht wenigstens in jedem einzelnen Fall die Genehmigung einer Reichswehrbeteiligung vorbehalten und von dem übrigen Programm der Feier, von dem Charakter der sonst beteiligten Verbände und Persönlichkeiten abhängig machen?

Oder hat der Herr Reichswehrminister, wie im vergangenen Herbst, in seinem Heimatlande Bayern noch immer nichts zu sagen?

### Ludendorff, das politische Kind.

Im Urteil der Deutschnationalen.

Ludendorff hat eine neue Großtat ausgeführt. Er hat auf einem „Familienfest“ in Eichwerder in Pommern, das als Ersatz für ein verbotenes Kriegervereinigungsfest arrangiert worden war, einigen Arbeitern die Hand gereicht und sich nach ihrer Familie erkundigt. Das Zentralorgan der „nationalsozialistischen Freiheitspartei“, das „Deutsche Tageblatt“, behandelt dieses Ereignis in einem Dreispaltenartikel mit Balkenüberschrift, und nennt aus diesem Anlaß Ludendorff den „Siegfried des deutschen Volkes“, offenbar wegen des „Siegfriedens“, den er dem deutschen Volk gebracht hat.

Doch da die Welt es liebt, das Strahlende zu schwärzen und kein Siegfried ohne Hagen bleibt, findet auch der Festartikler des „Deutschen Tageblatts“ Anlaß zu bitteren Beschwern. Diese richten sich gegen die Deutschnationalen, die ausgerechnet an Eichwerders großem Tag ein Spottfest veranstalteten und ihre Jugend auf diese Weise von dem Familienfest mit Ludendorff abtummelten. Diese Festveranstalter werden im Gegensatz zu Ludendorffs Lichtgestalt als „dunkle Ehrenmänner“ bezeichnet.

Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß sich ein Führer der Deutschnationalen erechrt hat, sich über den deutschen Siegfried mit der blauen Brille folgendermaßen zu äußern:

General Ludendorff mag im Kriege als Führer wohl etwas geehrt haben, aber er ist ein politisches Kind.

Mit Recht wird den deutschnationalen „Dunkelmännern“ vorgehalten, daß sie diesem „politischen Kind“ früher bei jeder Gelegenheit zu-

jubelten und seine politische Kindlichkeit erst bemerkten, als er anfing, ihnen parteipolitische Konkurrenz zu machen. Ludendorff, dem die Deutschnationalen jetzt als politisches Kind erkennen — nebenbei gesagt, ein sehr ungezogenes und bösarliches Kind — war in den letzten Jahren des Krieges der tatsächliche Diktator Deutschlands. Die sehr hilflosen Deutschnationalen brauchen sich nur noch an das Wort zu erinnern „Wehe dem Lande, das ein Kind regiert“, um zu einem klaren Urteil über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs zu gelangen. Mit der Erkenntnis, daß das Schicksal Deutschlands am Ausgang des Kaiserreichs in den Händen von politischen Kindern lag, bricht dann auch die Dolchstoßlegende in sich zusammen.

### Im bayerischen Landtag.

Politische Debatte.

München, 8. Juli. (B.Z.) Im bayerischen Landtag begann heute nachmittags die politische Aussprache zur Regierungserklärung. Abg. Bohmuth (Bayer. Volkspartei) führte, vielfach durch Zwischenrufe der Wöllischen unterbrochen, u. a. aus: Wir wollen endlich mit der Zerstörung der Staatsautorität Schluss machen; denen, die das nicht begreifen wollen, müsse das mit allen Mitteln begreiflich gemacht werden. Die Staatsregierung müsse das Rechtsgefühl und das Gefühl der Rechtssicherheit mit allen Mitteln pflegen. (Zurufe von den Wöllischen: „o. Kahr!“) Gegenrufe von den Kommunisten: „Euer Bundesgenosse!“ Es lasse sich nicht leugnen, daß in manchen — auch vaterländisch gesinnten — Kreisen nicht mehr die Ueberzeugung festliege vorhanden sei, daß vom bayerischen Richter in jedem Falle und unter allen Umständen die Rechtsgleichheit als oberstes Prinzip festgehalten werde. Sollten sich bei der Justizverwaltung oder bei der Rechtspflege Mängel zeigen, dann müsse hier Abhilfe geschaffen werden. Ueber das Verhältnis Bayerns zum Reich erklärte der Redner u. a., er unterbreite alles das, was der Ministerpräsident vorgebracht habe. Man sei an das eigene Vaterland gebunden, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch durch das Blut, das unsere Krieger im Weltkriege vergossen hätten. Nicht mechanischer Unitarismus, sondern

der Föderalismus sei die Staatsform,

die ein starkes Reich ermögliche. Die Außenpolitik sei eine Reichs- und keine Landesfrage. Aber es könne nur zum Segen des deutschen Vaterlandes sein, wenn die Reichsregierung ihre Außenpolitik nur nach näherer Zustimmung der Länder treibe. Der Redner schloß mit Dankesworten an den früheren Ministerpräsidenten Dr. von Knilling und Minister Dr. Schweyer.

Als erster Redner der Opposition sprach dann Abg. Dill (Soz.), der das Programm der Regierung einer Kritik unterzog. Er erklärte, das Kabinett selbst stehe heute vor der Entscheidung, ob es die von Kahr über Verchenfeld und Knilling führende politische Linie fortsetze und das gleiche Fiasko erleben wolle, oder ob der neue Ministerpräsident den Mut finde,

das Steuer herumzuwerfen.

Die Regierung held sei nunmehr die vierte bürgerliche Regierung, die man in Bayern seit vier Jahren habe. Daß Bayern so tief gestürzt sei, daß es von einem Ministerpräsidenten als

Anordnungszelle erster Ordnung

bezeichnet wurde, habe Bayern seinen regierenden Parteien zu verdanken. Redner kritisierte dann in längeren scharfen Ausführungen die Tätigkeit des früheren Generalstaatskommissars von Kahr und äußerte, Herr von Knilling sei damals sogar bereit gewesen, die sozialdemokratischen Arbeiter am 23. Mai in Massen niederzuschleusen zu lassen, weil es gewisse Verbände gefordert hätten. In Bayern werde es erst besser werden, wenn alle Beamten, die zu politischen Geheimorganisationen in Verbindung ständen, entfernt seien. Schließlich wandte sich Abg. Dill in scharf absehender Weise gegen die Denkschrift der Regierung Knilling zur Weimarer Verfassung.

Am Schluß der Sitzung kam es noch zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der Linken und des bürgerlichen Blocks. Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwochvormittag verlagert.

Der Militärausschuss in Sao Paulo (Brasilien) ist nach Angabe der brasilianischen Botschaft in London niedergeschlagen, im ganzen Land herrscht Ordnung.

Oslo statt Christiania. Das Obersthing beschloß gestern abend mit 81 gegen 23 Stimmen, daß die norwegische Hauptstadt ab 1. Januar 1925 Oslo heißen solle. Die Vorlage geht jetzt an das Storting.

### Der neue Geist von Weimar.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Die neue Reichsregierung in Thüringen hat es fertiggebracht, den Weimarer Park an der Um zu einer landwirtschaftlichen Ausstellung freizugeben. Die Ausstellung ist vorbei. Wer weiß, wie lange man braucht, bis die Vermüßungen beseitigt sind, welche die vier- und zweibeinigen Vie... — Verzehrung! ich wollte schreiben: Geschöpfe angerichtet haben.

Das ist der neue Geist von Weimar. Er wird — von Rechtsregierungen liebedoll gepflegt — bald noch andere Blüten treiben.

So wird die Wartburg viel zu wenig ausgenüzt. In ihre Räume gehört ein zoologischer Garten. Wenn sie z. B. im Sängerkolb Elefanten, in der Elisabeth-Kemnade Papageien, auf der Gallerie Affen und im Luther-Stübchen Stachelschweine zu sehen bekommen, dann brauchen die vom neuen Geiste von Weimar erfüllten Besucher sich auf der Wartburg nicht wie sonst zu langweilen. Der Wasserfall kann bleiben, da man ihn zum Beden von Patriotismus braucht.

In Eisenach steht auch das Bach-Haus. Es enthält eine Sammlung alter Instrumente. Wozu braucht man heutzutage zu wissen, wie ein Spinett, ein Cembalo aussieht und klingt? Was interessiert es den Menschen von heute, wie der alte Johann Sebastian Bach wohnte? Die alte Thomastafel in Leipzig hat man schon vor Jahren weggerissen und die palastähnliche Superintendantur an ihre Stelle gesetzt. Das Bach-Haus in Eisenach wird man zwar nicht wegreißen, sondern nur umbauen und darin eine Ausstellung mit Kaufgelegenheit von Grammophonen, Selbstspielklavieren, Trommeln, Rindertrompeten, Orlarinos und Särminstrumenten unterbringen. Dabei werden die neuesten Schlagel vorgeführt.

Wenn auch Schiller einigen seiner Gesalten recht brauchbare Worte in den Mund gelegt (z. B.: Was Vaterland, ans teure... und: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht...), so war er doch auch ein Weibbürger, wie u. a. sein Lied an die Freude beweist. Und dann erst Goethe, dieser Pantheist, dieser Mann mit der lagen Auffassung in Eifelrogen, dieser Bewunderer Napoleons I., dieser Mensch, in dem die Begeisterung von 1813 keinen Widerhall fand! Wie kommt es ein Mensch dazu, daß man ein ganzes Gebäude, das auch noch Goethe-Rationalmuseum heißt, seinem Andenken widmet? Aus diesem Gebäude wird ein richtiges Rationalmuseum gemacht, in dem man alle Lesebücher, Vortragsfolgen von Schulfeiern, Wahregelungsurkunden von freiherrlichen Beamten, Abschriften von Urteilen gegen Republikaner, Gummitüppel, Stenogramme von nationalistischen Reden, eine blaue Brille, Hakenkreuze und viele andere nationale Dinge sehen

kann. Schillers Sterbehäus verwandelt man in ein Courths-Mahler-Haus.

Da die christliche Religion nach Ansicht der teutschen Männer ungermanisch ist, kann man auch die Stätten, in denen dieser afrikanische Geist verbreitet wird, zu anderen Zwecken verwenden. So lassen sich der Kölner Dom, den auf Abbruch zu verlaufen die Kommunisten beantragten, das Ulmer Münster und andere große Kirchen trefflich zum Unterbringen von Maschinen-ausstellungen benutzen. Das Festspielhaus in Bayreuth steht fast die ganze Zeit unbenutzt da. Als Operettenhaus bringt es entschieden mehr ein und kann dann auch von den Trägern des neuen Geistes von Weimar ohne Gefahr des Einschlagens besucht werden.

Sämtliche Schlösser werden zu Unterkunftsräumen für Deutschnationale, deutschpöhlische usw. Jugendbünde und zu Erholungs- und Verpflegungsstätten für Reichsputschisten eingerichtet, bis zu verurteilten sich mit bestem Willen nicht umgeben läßt. — Oberammergau macht man zu einer großen Filmstadt, die Bünaburger Heide, die Hermann Vöns besungen, zu einem riesigen Erzgieß- und Sportplatz für vaterländische Verbände; auf den Gletschern der deutschen Alpen richtet man Fruchteisfabriken ein, auf der wunderbaren Insel Hiddensee bei Rügen eine chemische Fabrik usw.

Unverschont bleiben lediglich die Bauwerke, Denkmäler u. a. m., die in der Zeit nach dem 70er Krieg entstanden. An ihnen ist so nichts zu verhandeln und zu verhungern.

### Das revolutionäre Albanien.

Albanische Revolutionen pflegt man leicht für etwas operettenhafte Erscheinungen der Politik zu halten und ihnen eine entsprechende Bedeutung beizulegen. Die augenblicklich in dem Lande herrschende Revolution scheint sich indes nicht so einfach in die Kategorie solcher belanglosen Ereignisse einreihen zu lassen. Es handelt sich hier vielmehr um eine regelrechte soziale Ummwälzung als letzte Konsequenz einer viele Jahre zurückreichenden Entwicklung.

Albanien ist unter türkischem Regiment bereits ein Land des Großgrundbesitzes gewesen. In den Händen des Staates, der Kirche und einiger weniger Paschas kam immer mehr Land zusammen, während der bäuerliche Kleinbesitz beständig zurückging und schließlich nur noch in den weniger fruchtbaren Gebirgsgegenden vertreten war. Eine zwanzig Veys besaßen fast alles Ackerland Albaniens, darunter waren Latifundien von 50 000—60 000 Hektar, wie die der Familien Mora, Beioni und Toplani; Staat und Kirche haben zusammen annähernd 200 000 Hektar in Besitz. Dieses ganze Land ist unter schweren Bedingungen in Erbpacht vergeben. Gewöhnlich müssen vier Zehntel oder fünf Eißtel der Ernte dem Großgrundbesitzer abgeliefert werden. Bei solchen Bedingungen kann nie ein kleiner Pächter auf einen grünen Zweig kommen; oder lieber läßt der Bey sein Land brach liegen — er hat ja genug! —, als daß er von solchen,

jedem sozialen Empfinden hochstehenden Bedingungen obließe. So liegen in der Tat in den fruchtbarsten Gegenden weite Strecken brach, auf denen mit Leichtigkeit ein zufriedenes Geschlecht von Kleinbauern anzufinden wäre, wenn nur die Beys wollten.

Die Beys aber wollen nicht! Durch eine strapelose Wahlpropaganda beherrschen sie auch jetzt noch das Land, obwohl es seit 1921 eine demokratische Verfassung hat. Immerhin gibt es seit diesem Jahre eine kleine, aber sehr fröhliche liberal-demokratische Opposition, die nach den Neuwahlen von 1923 sehr verstäkt wurde. Der Kampf gegen diese Partei wurde von den Beys nach echt balkanischem Muster geführt; es gab Attentate und Kami Kuslem, der Führer der Opposition, wurde sogar ermordet.

Aber es zeigte sich auch hier wieder, daß Ideen nicht dadurch beseitigt werden, daß man ihre Vorkämpfer tötet. Immer stärker wurde der Gegensatz, so daß die Liberalen am Ende aus dem Parlament austraten und den bewaffneten Zustand organisierten. Die Liberalen haben im Lande alle Entschlossenheit für sich; Leute, die für eine Revolution wie geschaffen sind, denn sie alle haben nichts zu verlieren, aber im Falle des Sieges sehr viel zu gewinnen, da die Opposition die Austeilung der großen Güter in kleine Bauernstellen auf ihrem Programm zu stehen hat. Bis hier war die Revolution siegreich. h. R. B.

Der Weltmotor-Schiffbau. Der Bau von Motorschiffen nimmt in außerordentlich raschem Maße zu, wie in dem neuesten, der Motor-Schiffahrt gewidmeten Heft von „Welt, Reederei, Hafen“ betont wird. Im letzten Vierteljahr wurde mit dem Bau von 31 Motorschiffen von 127 802 Tonnen begonnen und 29 Motorschiffe mit 103 000 Tonnen liefen vom Stapel. In 3 europäischen Staaten übertrifft der Bau von Motorschiffen den von Dampfschiffen. Deutschland hat Motorschiffe von 151 547 Tonnen im Bau gegenüber Dampfschiffen von 135 760 Tonnen. In Dänemark stehen 25 267 Motorschiffe 24 579 Dampfschiffe gegenüber. In Großbritannien steht in Selbstbau der Motor-Schiffbau mit 86 900 Tonnen gegenüber dem Dampfschiffbau mit 78 008 Tonnen an erster Stelle. Von den im Bau befindlichen Motorschiffen stehen 55 Schiffe zwischen 5000 und 10 000 Tonnen, 4 Schiffe zwischen 10 000 und 15 000 Tonnen und 7 Schiffe zwischen 15 000 und 23 000 Tonnen.

Ein interessanter Vöhenfall. Viktor Barnowski, der ehemalige Direktor des Vöhentheaters, wurde vom Oberstlandesgericht der Deutschen Vöhen verurteilt, 12 000 M. an den Regisseur Karlheinz Martin zu zahlen. Barnowski hatte Martin für drei Einstudierungen engagiert, ihn aber dann nicht beschäftigt, weil seine anderen Stücke so gut gingen. Jetzt muß er ihm die drei Reueinstudierungen zahlen, als ob sie stattgefunden hätten.

Der Pianist Heinrich Schwarz, Professor an der Akademie der Tonkunst, ist in München im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer Darmoperation gestorben. Schwarz war einer der hervorragenden Klavierlehrer Deutschlands und unterrichtete als Kammerpianist. Hans Friedrich Vands Freiband aus der niederdeutschen Gegend ist nunmehr beendet. Bei dem letzten Teil „Stellung Kottinsohn“ bringt der Dichter ein Wort aus dem Anfang des neunten Jahrhunderts, das, zusammen mit dem bereits erschienenen „Ein Hoder“ und „Verend Hod“ die drei bedeutendsten Gesalten des niederdeutschen Menschen gestalten will. Im „Ein Hoder“ den Staatsmann und Soldat, im „Verend Hod“ den Schiffer und Phantasten, im „Stellung“ den Bauern und Geländesucher.

## Presseknebelung in Italien.

### Ein unerhörtes Dekret Mussolinis.

Rom, 8. Juli. (WZ.) Das neue Dekret über die Presse, das heute nach in Kraft tritt, begegnet, wenn man von der „Idea Nazionale“ absieht, bei allen anderen Blättern mehr oder weniger schweren Bedenken. Besonders befremdet, daß die Erörterung der Blätter abhängig gemacht wird nicht von einem richterlichen Verfahren, sondern in die Hände der Präfekten, also politischer Beamter, gelegt wird.

In der Hauptsache bestimmt das neue Dekret, daß der vom Präfekten anzuerkennende verantwortliche Leiter eines Blattes dessen Chefredakteur oder wenigstens einer seiner Hauptredaktoren sein müsse, die aber nicht Senatoren oder Abgeordnete sein dürfen. Der Präfekt kann das Blatt warnen, wenn es durch falsche oder tendenziöse Nachrichten die diplomatische Aktion der Regierung hindere, den nationalen Kredit im Ausland oder im Inland schädige, wenn es unbedeutend Alarm herbeizureufe oder irgendwie die öffentliche Ordnung störe, wenn es zum Klassenkampf oder zum Ungehorsam gegenüber den Behörden aufrufe, wenn es die Disziplin unter den Angestellten eines öffentlichen Betriebes störe, wenn es die Interessen fremder Staaten oder privater Zustände auf Kosten der nationalen Interessen betreibe, wenn es das Vaterland, den Staat, die Staatsreligion, die Staatsbehörden und befreundete Mächte verächtlich mache. Die Warnung erfolgt durch den Präfekten nach Anhörung einer Kommission, die aus zwei Richtern und einem Journalisten besteht. Ein Blatt, das innerhalb eines Jahres zweimal gewarnt worden ist, verliert das Recht, einen verantwortlichen Redakteur zu erhalten, d. h. es muß eingehen.

### Protest der Presse.

Rom, 9. Juli. (CP.) Das Direktorium der rechtsliberalen Partei nahm gestern zum Pressekodex folgende Tagesordnung an: Die Direktion der liberalen Partei ist nicht imstande, heute die ersten Gründe zu beurteilen, die den Innenminister veranlaßt haben, die Zwangsmaßnahmen gegen die Freiheit der Presse wieder hervorzuziehen und die den Ministerialrat bestimmt haben, sie einstimmig zu genehmigen. Die Direktion legt Wert darauf, festzustellen, daß zu diesem Beschluß nur die gegenwärtigen Umstände geführt haben und daß es daher begreiflich ist, daß das Edikt nur provisorischen Charakter haben soll. Sie erwartet mit Bestimmtheit, daß man die Freiheit der Presse als eine der wichtigsten Voraussetzungen des normalen Lebens und der Gerechtigkeit wiederherstellt und daß die Verwendung des Dekrets nicht erfolgt, ohne daß man sich mit gewissenhafter Unparteilichkeit immer die Notwendigkeit vor Augen hält, daß die Freiheit der Presse wiederkommen muß.

Auch der leitende Ausschuss der italienischen Pressevereinigung hat eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt: Da das Pressekodex im Gegensatz zum Buchstaben und zum Geiste anderer Grundgesetze dem unkontrollierbaren Urteil der politischen Autorität das Verfahren unterstellt, das zur sofortigen Unterdrückung eines Presseergebnisses führt, behält sich der leitende Ausschuss der Pressevereinigung in jedem einzelnen Falle die Ernennung eines Berichters der Presse in die Begutachtungskommission vor. Die Pressefreiheit könne nur durch das Gesetz beschränkt werden. Der Ausschuss appelliert schließlich an alle italienischen Zeitungen und Journalisten zu einer solidarischen Stellungnahme, aus deren imponierender Form hervorgehe, welches die Gedanken und Gefühle der nationalen Presse in dieser Frage sei.

„Giornale d'Italia“ erklärt, daß es keine Abneigung nur durch den Gedanken an das gemeinsame Vaterland überwinden könne, und findet, daß das Dekret, das Mussolini ein Jahr lang in der Schatzkammer gehalten habe, am besten nicht veröffentlicht worden wäre. Ähnlich sprechen sich „Rondo“ und „Popolo“ aus.

## Todesurteile im Graff-Prozess.

Stettin, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Graff-Prozess wurde heute morgen 10 Uhr das Urteil gefällt. Die Angeklagten Kaws und Engler wurden zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Schwirral wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt, soweit Freispruch erfolgte, die Staatskasse, im übrigen die Angeklagten.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß die nationale Einstellung der Angeklagten oder andere Momente beim Urteil nicht mitzureden dürften. Das Gesetz mußte nach dem Tatbestand zur Anwendung gelangen. Es waren zwei Hauptfragen zu klären: ob die Angeklagten überhaupt die Tat begangen und ob es wahr ist, was die Angeklagten hier ausgesagt haben. Die Geständnisse der Kawsner vor dem belgischen Gericht schienen kaum glaubwürdig. Weiter heißt es in der Begründung, daß keine Verbindung zwischen den Kawsner Verurteilungen und den Stettiner Angeklagten bestanden habe. Der Vorsitzende legt auch Wert auf die Feststellung, daß sich in keiner Weise ein Anhalt dafür ergeben habe, daß die Täter hinter Männer hätten. Die Stettiner Verhandlung schließt in jeder Beziehung eine Komödie aus. Ferner brachte der Vorsitzende Beweise für die Unschuld der Kawsner vor. Er hob auch hervor, daß ein bewußtes und gewolltes Zusammenarbeiten zwischen Kaws und Engler bestanden habe. Schwirral hat sich durch das Abstreifen von der Straßbahn bewußt von der Tat getrennt. Er mußte deshalb freigesprochen werden. Bei Berücksichtigung der tiefliegenden nationalen Einstellung der Angeklagten Kaws und Engler und der Begleitumstände, die zur Tat geführt haben, habe das Gericht einstimmig beschlossen, beim preussischen Ministerium ein Begnadigungsgesuch einzureichen.

Das Urteil wurde mit einem genauen amtlichen Protokoll über den Verlauf der Verhandlung dem belgischen Verteidiger, der in Kachsen vor dem belgischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden sei, übermittelt. Es ist zu erwarten, daß der Verteidiger nunmehr angesichts der veränderten Sachlage eine Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen wird.

### Das Urteil im Meineidsprozess.

Stettin, 9. Juli. (WZ.) In der weiteren Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht gegen den Oberwachmeister Christen wegen Meineids gab der Angeklagte zu, sachlich bei der Eidesleistung gehandelt zu haben. Der Angeklagte wurde zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Unter Anrechnung der Untersuchungshaft mit dreijähriger Bewährungsfrist wird der Rest der Strafe ausgeübt und abhängig gemacht von einer Zahlung in Höhe von 1000 M.

Radfahrer in Thüringer Landtag. In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages kam es zu unerhörten Radfahrten durch die Kommunisten, in deren Verlauf der Landtagspräsident Dr. Werner nach wiederholten Ordnungsrufen den kommunistischen Wegbeck von der Sitzung ausschloß. Wegbeck verließ trotz wiederholter Aufforderungen den Saal nicht, worauf der Präsident die Sitzung aufhob.

Ein kommunistisches Waffenlager. Von Reichsbeamten der politischen Polizei in Hamm wurden bei der kommunistischen Partei in Hesse bei Hamm ein Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt. Unter den gefundenen Waffen befanden sich Pistolen, die in Lippsstadt gestohlen waren. Mehrere führende Persönlichkeiten der Kommunisten wurden verhaftet, darunter zwei Gemeindevertreter und ein Kreisabgeordneter. Einige kommunistische Führer von Hamm und Umgebung sind geflüchtet. Unter den Flüchtlingen sollen sich zwei Missetäter an einem Mord in Damborn befinden.

## Sommer-Idyll.

Die Kolonie Grunewald ist ein schönes Fleckchen Erde mit großen, grünen Rasenflächen, die auf das sorgfältigste gepflegt werden, mit stets sauber gehaltenen Wegen, mit Büumen und Blumen, von aller Kunst und Liebe der Gärtner umgeben. Auf großen lauschigen Plätzen, von Buschwerk lieblich umrahmt, stehen zahlreiche Bänke, die namentlich jetzt in der Ferien- und Sommerzeit nicht leer werden. Im benachbarten Hofensee und Schmorghorst gibt es viele hohe Hinterhäuser und Höfe, auf die die Fenster vieler Wohnungen münden, deren Insassen Sehnsucht nach Sonne und frischer Luft haben. Diese Sehnsucht erfüllen sie durch Aufenthalt in der Kolonie Grunewald. Verreisen können sie nicht, das wissen sie und machen weiter kein Bedenken davon, sondern sind froh darüber, daß sie nahe bei ihren Wohnungen eine Stätte der Erholung haben. Die Willenbesitzer besüßern die öffentlichen Plätze der Kolonie nicht, sie haben ihre großen grünen Gärten hinter den Häusern, und außerdem weiten sie jetzt irgendwo an der See oder im Gebirge. Das „Volk“ ist ganz unter sich in der Kolonie, und die Kinder tummeln sich und spielen lustig umher. Aber manchmal findet sich auf einem der Plätze doch auch was „Feines“ ein, alte Bornehmtheit, verbittert und verbißnen über die Republik und die neuen Zeiten, die ihnen die falsche Bornehmtheit abgerissen haben und sie verhindern, etwas zu scheinen, was sie nicht sind, so wie damals, als die Monarchie noch war, die sich nur um die feinen Leute kümmerte, um das Volk aber nicht lehrte und schreute. Diese Herrschaften haben es auf die Republik geladen, weil sie keine Rolle mehr spielen, und ihr Haß, der ja nur materielle Ursachen hat, ist namentlich — komisch. Ihren Gesprächen aber zu lauschen, ist wahrhaft lustig, und erhöht entschieden die Erholung in der Sommerfrische der Kolonie Grunewald.

Siehe da zum Beispiel zwei von diesem Typ auf einer Bank der Kolonie Grunewald. Er, unerkennbar der frühere Offizier, steif, unnahbar, mit stets beleidigter Miene. Sie, die Gnädige, neben ihm mit einem Gesicht, als verlange sie, daß alle anderen, die auch noch dasitzen, um Entschuldigung bitten, daß sie überhaupt da sind. Und zu rümpft sie die Nase, und man weiß, jeht denkt sie: Pfui Teufel, stinkt es hier von diesem Volk, und da muß ich mitten drin sitzen und tann nicht, wie es doch unsern Gleichen und nur unsern Gleichen zukommt, eine Sommerreise machen. Er sieht aus dem „Lokal-Anzeiger“ vor: „Unfall des Fürsten Salm“. Ein Oh und Ach kommt von ihrer Seite als Antwort und Echo. „Tollstücker Unfall bei einer Mensur.“ Hoffentlich hat es keinen Adligen getroffen, sagt die Gnädige dazu. „Prügel zwischen Stadtverordneten“. Böbel, benimmt sich eben wie Böbel, kommentiert sie. Und so weiter in lieblicher Reihenfolge der Unfälle, aus denen ja der ganze „Lokal-Anzeiger“ besteht, der überhaupt nur ein einziger Unfall ist. Blödsinnig fahren ein paar Autos vorüber, die natürlich Staub aufwirbeln, was selbstverständlich sehr unangenehm ist. Auch dem Volk, das sich aber nicht sehr darüber aufregt, da sich der Staub ja bald wieder verzieht. Doch die „Gnädige“ springt empört auf, kommende Entrüstung auf dem Gesicht. „Das Genid mußte sich die Hände brechen, all dieses Volk, das jetzt Auto fahren kann!“, meint sie aus hebevollem Herzen heraus. Und man weiß, als sie einsetzt, von feierlicher Gnade und Huld umgeben, in der Equipage fuhr, und das Volk sich über den Staub beklagte, da hat sie nur die Nase verächtlich über den anmehenden Böbel gerümpft.

Dann gehen sie beleidigt ab durch die Wälder, er und die Madame. Grausiglich verlassen sie den Platz. Alte Kupper nennt der französische Schriftsteller Guy de Maupassant einmal solche Menschenkinder. Das „Volk“ aber hat die Entrüstung und das Verschwinden der beleidigten, kuppernen Herrlichkeit gar nicht beachtet.

## Der Tod der Kontoristin.

### Beginn des Prozesses Kojewski.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg begann heute mittig unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bremhausen die Verhandlung gegen den Kaufmann Kojewski und dessen Mutter Alina Munster geb. Kojewski. Kurt Kojewski wird beschuldigt, am 3. Dezember v. J. durch Fahrlässigkeit den Tod seiner Geliebten, der 17jährigen Arbeiterin Marie Kojewski, verschuldet zu haben. Die Mutter hat ihn bei dem Beiseitegehen der Leiche, die im Walde bei Beelitz vergraben worden ist, Hilfe geleistet. Der Fall hat seinerzeit großes Aufsehen erregt und die Anklage hatte ursprünglich auf Mord gelaufen. Marie Kojewski war seit dem 3. Dezember spurlos verschwunden gewesen. Da sie an diesem Tage mit Kojewski zusammen gesehen worden war und auch Hausbewohner des Hauses Schaperstr. 11 laute Gespräche in der Wohnung der Mutter des Angeklagten gehört hatten, lenkte sich alsbald ein Verdacht gegen Kojewski. Nach langem Leugnen hatte dann auch K. eingestanden, das junge Mädchen durch einen Schuß getötet zu haben. Die Leiche hatte er mit Hilfe seiner Mutter in der Regenrinne nach dem Grunewald geschafft. Die Mutter trug dabei einen Spaten, während der Sohn die Leiche, die in einen Sack gepackt war, in einer Tragetasche forttrug. Im Walde wurde die Leiche vergraben. Kojewski behauptet, daß der Tod durch einen Unglücksfall verursacht worden sei. Er habe nämlich in der Wohnung seinen Revolver herausgenommen, um ihn auf den Rauchschiff zu legen, und dabei sei die Schußwaffe unversehens losgegangen, da der Revolver zufällig nicht geladert war. Der Schuß war der dreißig Zentimeter entfernten stehenden Marie Kojewski in den Kopf gedrungen, so daß sie sofort tot zu Boden fiel. Diese Darstellung hat dem Angeklagten nicht widerlegt werden können, so daß er nur wegen fahrlässiger Tötung angeklagt werden konnte. Die Verteidigung der Angeklagten, Mutter und Sohn, führt Rechtsanwalt Dr. Frey. Wir werden über den Fortgang des Prozesses berichten.

## Badepropaganda.

### Die Erfolge des Stadtbades Friedrichshain.

In und um Berlin sind jetzt die Badeanstalten in Flüssen und Seen wieder das Ziel vieler Fehntausende, die Erholung in kühlem Wasser suchen. Aber auch die Schwimmbäder der Warmbadeanstalten haben in den Sommermonaten eine Besuchergel, mit der sie sich setzen lassen können. Im vorigen Jahre mußte man für die Badenanstalten der Stadt, weil infolge der stürmischen fortschreitenden Geldentwertung die zu leistenden Zuschüsse ins Unerwartungliche gingen, die Schließung befürchten. Mit Mühe ist es gelungen, diese Gefahr abzuwenden. Nach dem Stillstand der Geldentwertung hat am tatsächlichen das an der Schillingbrücke gelegene Stadtbad des Verwaltungsbezirks Friedrichshain die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben erlangt. Hier ist in vorbildlicher Weise darauf hingearbeitet worden, die Besucherzahl zu steigern.

Ein amtlicher Bericht über die Entwicklung dieses Bades von Anfang 1923 bis in den Mai 1924 zeigt, mit welchem Erfolg die Verwaltung die sich bietenden Werbemittel benützt hat. Die in den ersten Monaten von 1923 erfolgte Ausdehnung der Badezeit, mit der man dem Bedürfnis möglichst entgegenkommen wollte, wurde durch Werbung an alle Schulen des Bezirks und durch Plakate an Stellen lebhaften Verkehrs bekanntgegeben. Das steigerte sofort die Besucherzahl so, daß sogar schon kleine Einnahmeüberschüsse blieben. Aber die rosende Beschleunigung des Marktwertes, die dann im Sommer einsetzte, schlug alles wieder in Trümmer. Die Erhöhung der Badepreise blieb in weitem Abstand hinter der durch die Geldentwertung bewirkten Ausgabensteigerung zurück, weil erst

hat von der monatlichen Preisänderung zu einer wöchentlichen übergegangen wurde. Im durch Steigerung des Verkehrs einen Ausgleich zu schaffen, wurde im September 1923 eine Ausstellung von Schwimm- und Reittungsgeräten veranstaltet. Sie brachte ein Mehr von 6000 Besuchern gegenüber dem August. Sehr glücklich war der Gedanke, auch den Film in den Dienst der Badepropaganda zu stellen. Die Verwaltung des Bades entwarf die Szenen und Titel, Schwimmvereine stellten die Bilder, den Film drehte die Deulig. Der so entstandene Film „Schwimmport und Bäder im Winter“ ist in vielen Schulen und öffentlichen Kinos im Bezirk und außerhalb des Bezirkes gezeigt worden. Die Wirkung blieb nicht aus: Das Stadtbad Friedrichshain erhielt bald starken Zulauf von Badenden und von Schwimmschülern. Januar 1924 brachte zum ersten Male wieder einen Ueberfluß, einsteuerten nur 236 M. Aus Februar konnten bereits 3617 M. Ueberfluß gebucht werden, im März, April, Mai betrugen die Ueberflüsse 6941 M., 4510 M., 9369 M. Sie waren allerdings kein Reingewinn, sondern wurden zu Reparaturen verwendet, die seit vielen Jahren unterblieben waren. Leider reichten sie kaum für die allerdingendsten Reparaturen aus. Die Verwaltung des Bades bemüht sich auch nach andere Werbemittel. Zwei Kinos des Bezirks bringen täglich Lichtbildreklamen für das Bad. In den Freibädern der Umgebung Berlins sind Werbepostale für Stadtbad Friedrichshain ausgehängt. Wie der Verkehr sich gehoben hat, zeigen folgende Zahlen. In der Anstalt badeten 1923 z. B. im Januar 27 290 Personen, im März 29 087, im Mai 24 555, aber 1924 im Januar 38 018 Personen, im März schon 57 796, im Mai sogar 68 629. Im Jahre 1924 hat die Besucherzahl sich vom Januar bis zum Mai ziemlich verdoppelt und sie war im Mai 1924 fast dreimal so hoch wie in demselben Monat von 1923.

## Der Förstermord in Schenkendorf.

### Auf der Spur des Täters.

Zu dem Förstermord in Schenkendorf wird weiter berichtet: Die Kriminalpolizei verfolgte mehrere Spuren. Unter anderem hatte sie Verdacht geschöpft gegen einen ungefähr 18 Jahre alten aus Neu-Tal gehörigen Schächterlehrling Franz Sack. Sack ist aus der Bertheldorfer Str. 3, wo er in Untermiete wohnte, verschwunden und wird vom Raubdezernat gesucht. Er ist 1,70 Meter groß, hat volles schwarzes Haar, ein rundes dunkles bartloses Gesicht, eine gut gezeichnete Gestalt und trägt vermutlich eine blaue, hinten eingedrückte Seglermütze, ein graues Jackett, eine dunkle Schlächtermollkose, eine schmutzgraue Hose und gelbe breite Schnürstiefel. Bei sich hat er eine hellgelbe lässliche Lederfelle mit Klettverschluss, die er an einem langen Riemen über die Schulter gehängt trägt. Der Verdächtige besitzt eine Browningpistole, einen Revolver und einen Hirschfänger. Am Montag früh ist er in Jahnstadl gesehen worden. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Landjäger und der hiesigen Kriminalpolizei ist er höchstwahrscheinlich der Täter. Mitteilungen über seinen Aufenthalt sind an das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu richten.

### Auf dem Anstand erschossen.

Der Tierarzt Dr. Schmidt von der Domäne Brandenburg war Jagdgast beim Gutsbesitzer Wolff. Schmidt der gegen Abend auf den Anstand gegangen war, kehrte am nächsten Morgen nicht zurück. Dadurch beunruhigt, machte man sich auf die Suche nach ihm und fand ihn durchs Herz geschossen auf. Unschonend ist der Tote auf dem Heimweg gegen 10 Uhr von vorn erschossen worden. Die sofort angestellten Ermittlungen waren von Erfolg. Es gelang, vier Personen, die als Täter bzw. Mitwisser in Frage kommen, zu verhaften. Beim Oberlandjäger Weber in Garth meldete sich ein junger Mann, der Arbeiter Reizer vom Kied bei Bornemühl, und machte ihm die Mitteilung, daß er und die schon verhafteten Arbeiter Otto Wolff aus Brandenburg und der Schloffer Otto Bettmann aus Worzahn die Täter wären. Reizer wurde dem Potsdamer Oberstaatsanwalt vorgeführt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Selbstmord im Café. Aufsehen erregte gestern Abend gegen 10 Uhr der Selbstmord eines jungen Mannes namens Karl Rode aus der Bornbergstr. 3 in einem Café in der Hauptstraße in Schöneberg. Nachdem der junge Mann einige Erleichterungen zu sich genommen hatte, schoß er sich eine Kugel in den Kopf. Er war sofort tot. Die Leiche wurde ins Schanhaus übergeführt. Der Beweggrund zu der Tat ist unbekannt.

Ferienspiele für Schulkinder. Auf den städtischen Spielplätzen „Urban“ und „Kagbachstraße“ (am Viktoriapark) des Bezirks Kreuzberg werden in den diesjährigen großen Ferien wieder Spiele für alle diejenigen Kinder, welche nicht die Augenspielplätze besuchen, veranstaltet. — Die Kinder befinden sich auf den Plätzen in guter, sachgemäßer Obhut und betreiben in freier Luft gesunde Bewegungsspiele. Sie sind den Gefahren der Straße entzogen und kräftigen ihren Körper. — Die Ferienspiele werden vorläufig Dienstag, Mittwoch und Freitag von 9—12 Uhr vormittags, bei genügender Beteiligung täglich abgehalten.

### Vom Spiel in den Tod.

Am Dienstag nachmittag wurden in einem Hause in Blauen vier Kinder in einem Holzstoß tot aufgefunden. Es handelt sich um die drei und vier Jahre alten Töchter des Bahnarbeiters Karing, um ein fünfjähriges und ein neunjähriges Mädchen, die in der Koringischen Wohnung zu Besuch waren. Beim Spielen in der Bodenstammer hatten sich die vier Kinder in den Holzstoß gesetzt, dessen Deckel zufiel, so daß sie ihn nicht mehr öffnen konnten und ersticken.

Falkbootunglück auf der Donau. Auf der Donau bei Wien ereignete sich wiederum ein Falkbootunglück, das zwei Menschenleben forderte. Ein Falkboot lief gegen einen Pfeiler der Nordbahnbrücke an und kenterte. Die beiden Insassen fanden den Tod in den Wellen.

Tödlicher Absturz in den Bergen. Drei deutsche Touristen, und zwar der Professor Riezi aus Leipzig, der mit seiner Mutter in Berchtesgaden auf Urlaub weilte, sowie der Tischler Pfür und der Holznecht Rast sind von der Döllplatte tödlich abgestürzt. Die Leichen wurden unter großen Schwierigkeiten geborgen.

Anmeldungen zum Ferienaufenthalt (für die Zeit nach dem 20. Juli) im Badeheim in Frobenburg werden noch im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Etz., Zimmer 11, entgegengenommen.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Etwas wärmer, teils heiler, teils wolfig ohne erhebliche Niederschläge.  
Deutschland: Im Südosten Deutschlands trocken, wärmer als bisher. Zu den übrigen Teilen etwas unsicher. Strichweise etwas Regen oder Gewitter bei mäßiger Wärme.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis Tempelhof, Marienborf, Marienfelde, Lichtenrade! Das Kreisbüro Sommerfest findet als Fußballfest am Sonntag, den 2. August 1924, im Garten und allen Räumen des Seebades Marienborf statt. Beginn 4 Uhr. Eintritt 50 Hg. Für arbeitende Genossen und Kreismitglieder freien Eintritt. Die Parteiführer werden gebeten, in den heutigen Clubstunden darauf hinzuwirken, Karten können beim Genossen Walter Capentini in Empfang genommen werden.
71. Wkt. Wilmersborf. Der Jahlabend findet statt bei Jonas, Brühlstr. 1.
65. Wkt. Tempelhof. Mittwoch, 3. Juli, Clubabend: 1. Bezirk bei Hansen, Reichstr. 84, 2. u. 3. Bezirk bei Bule, Berberstr. 21, 4. u. 6. Bezirk im Restaurant „Zur Stadt“, Berber- u. Gde. Friedrich-Rast-Str. 6, Bezirk bei Dange, Ringbahnstr. 4, 7. Bezirk bei Wanzel, Oberlandjäger, Tagesordnung: „Das Dawa-Gutachten“.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Berliner Eisenbahner.

Eine Abrechnung mit den Kommunisten.

Zu einer Auseinandersetzung mit dem kommunistischen „Freien Eisenbahnerverband“ gefaltete Kaufm., Hauptvorstandsmitglied des deutschen Eisenbahnerverbandes, sein Referat in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung. Die Ortsverwaltung Berlin des DEB hatte die dienstfreien Eisenbahner zusammengerufen, um mit ihnen die Lehren der letzten Vorkämpferbewegungen zu besprechen. Kaufm. gab in seinen Ausführungen eine historische Darstellung der Verhandlungsvorgänge. Während der DEB mit der Regierung wegen seiner Forderung nach einer 30prozentigen Lohnaufbesserung verhandelte, erfolgte die sanftere Behaltensregelung für die Beamten, bei der der Deutsche Beamtenbund erreicht hatte, daß die Verhandlungen über Beamtergehälter und Arbeiterlöhne gesondert geführt wurden. Die Regierung erklärte Vergleiche zwischen den vergleichsfähigen Gruppen der Beamten und Arbeiter für unzulässig und wollte sich lediglich nach den Industriearbeiterlöhnen richten. Das Bestreben der Regierung ging offenbar dahin, die Differenz zwischen den Gehältern der Beamten und der Arbeiter einerseits und zwischen Arbeitern und Handwerkern andererseits zu vergrößern. Vom DEB wurde geltend gemacht, daß die Reichsbahn aus den niedrigen Industriearbeiterlöhnen nicht das Recht herleiten könne, nun auch die Eisenbahner hungern zu lassen. Die Vertreter des Reichsoberverwaltungsministeriums boten ganze 5 Proz. Erhöhung an. Gleichzeitig wurde aber auch verlangt, daß der Manteltarif zum Abschluß kommen müsse. Der DEB lehnte das Angebot ab, da dadurch die Spanne zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohnklasse auf 41 Proz. hinaufgetrieben worden wäre. — Der Ausspruch eines Regierungsdirektors, daß der Wirtschaft der deutschen Wirtschaft der Handwerker sei, sei doch wohl nicht so zu verstehen, daß man — wie es die Industrie tut — den Handwerker Zulagen gibt, die Lebenshaltung der Ungelernten aber auf ein unerträglich niedriges Niveau herabdrückt. Die Unterhändler des DEB stellen daher die Forderung auf, daß die geringsten Löhne noch ein gewisses Existenzminimum bieten müssen, worauf sich dann die Einkommen der anderen Gruppen aufbauen könnten.

Um die Verhandlungen zu einem möglichst guten Ende zu bringen, war der DEB bereit, von seiner Forderung auf 30 Proz. Lohn-erhöhung Abstriche zu machen, wenn die Regierung der Befreiung der letzten Arbeitsstunden für die Bahnunterhaltungsarbeiter zustimmt, einen Zuschlag für die neunten Arbeitsstunden zahlt und eine Revision der Dienstvorschriften vorantreibt. Die Regierung stellte sich aber allen Forderungen gegenüber hartnäckig und so mußten die Verhandlungen sprechen. Nur dem unabweislichen Einverständnis des Reichsoberverwaltungsministeriums wurde endlich die Regierung nachgab. Es wurde erreicht, daß die Löhne um 5 bis 9 Pf. erhöht wurden und daß die zehnte Stunde fiel.

Gegenüber den Anwürfen des „Freien Eisenbahnerverbandes“ erklärte Kaufm.: Die Art, wie diese Ausschüsse gegen den DEB vorgeht, zeigt die ganze Stratefiosität und Unaufrichtigkeit dieser Leute. Die Ausschüsse der „Roten Fahne“ nach dem Abschluß der Bewegung lassen auf eine gezielte Begriffsverwirrung schließen. Die Befreiung der letzten Stunde ist ein großer Erfolg und sie wird nicht im Winter wiederkehren, wie die „R. F.“ schrieb, denn sie war als Sommerarbeitsstunde gedacht, um die Verhältnisse auszugleichen. Wenn der DEB von Wit- und Kanossagen des reformistischen DEB spricht, so trifft dieser Vorwurf auf den DEB viel besser zu. Dieser reformistische Verband wandte sich mit Bittgesuchen an den Hauptvorstand des DEB, also an die besten Leute, die tagtäglich als Verbrecher, Lumpen und Verräter beschimpft werden, lediglich zu dem Zweck, um überhaupt „ins Geschäft“ zu kommen. Der Reformist hätte daran die Bemerkung, daß der DEB in dem Augenblick, wo er Lohnforderungen stellen würde, seine Mitglieder, die mit Protesten gestört sind, los werden würde. Dieser Organisation, die auf Bekehrung von Moskau zu dem Zweck gegründet ist, den alten Verband zu verdrängen und zu verschlingen und die damit die Eisenbahner der Willkür der Regierungstellen ausliefern würde, ist keinerlei Rücksicht am Platze, ihr gehört der Damm auf Auge und das Anie auf die Brust. Zu den ersten Aufgaben einer Gewerkschaft gehören Verantwortungsbewußt, gemeinsame Ueberzeugung aller Eisenbahner muß es werden, daß nur eine große Einheitsorganisation Erfolge bringen kann.

In der Diskussion redeten Vertreter des DEB das traurigste Zeugnis ab. Sie hatten lediglich Heiterkeitserfolge und mußten sich von Kaufm. im Schlusswort sagen lassen, daß er gewöhnt wäre, mit geistig hochstehenden Leuten zu diskutieren.

Die Versammlung nahm folgende Entschließung an: „Die am 8. Juli 1924 in der „Königsbahn“ zahlreich versammelten Eisenbahner erklären sich mit den Ausführungen des Kollegen Kaufm. im allgemeinen einverstanden.“

Die in der letzten Bewegung gezeigte Haltung des DEB findet die Zustimmung der Eisenbahner. Die Organisation wird aufgefördert, alle Kräfte zu mobilisieren, damit die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahner so gebessert werden, daß ein menschen-

würdiges Dasein gewährleistet ist. Insbesondere ist die restlose Wiederherstellung des Achtstundentages, die Beseitigung der brutalen Dienstvorschriften mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen.

Die Versammlung appelliert an alle Eisenbahner, der Zerplitterung durch die vielen kleinen Organisationen ein Ende und den DEB zur alles umfassenden Einheitsorganisation der Eisenbahner zu machen. Nur so können kommende Kämpfe erfolgreich geführt werden.“

Die anwesenden Mitglieder des DEB stimmten gegen diese Entschließung, also auch gegen die Wiedereinführung des Achtstundentages und die Beseitigung der Dienstvorschriften.

## „Die Arbeit.“

Wissenschaftliche Monatschrift des ADGB.

Wie wir der „Gewerkschaftszeitung“ vom 5. Juli entnehmen, wird der Bundesvorstand des ADGB, ab Juli eine wissenschaftliche Monatschrift unter dem Titel „Die Arbeit“ herausgeben.

Die neue Zeitschrift will ein Organ der wissenschaftlichen Untersuchung sein. Sie soll zwar ein Organ des Bundes sein, aber frei von bürokratischer oder parteipolitischer Schablone allen Gewerkschaften Gelegenheit zum freien Meinungsaustausch bieten, einzig geleitet von dem Grundgedanken der Erkenntnis und Förderung der Wege und Ziele gewerkschaftlicher Entwicklung zu dienen. „Die Arbeit“ will deshalb auch vorzugsweise wirtschaftliche Sachverständige und Männer der Wissenschaft als Mitarbeiter an ihrem Werke gewinnen, die uns Bundesgenossen in dieser Aufklärungsarbeit werden können. Diese Vereinigung von Wissen und Arbeit, von Kenntnis und Erfahrung wird uns befähigen, die großen Aufgaben, die unserer Lösung noch harren, zu bewältigen und unserer Organisation die Stahkraft zu verschaffen, deren sie zur Erreichung ihrer letzten Ziele bedarf.

„Die Arbeit“ soll monatlich im Umfang von 64 Seiten erscheinen und ist von jeder Postanstalt zu beziehen. Sie erscheint in der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstraße 6.

Die erste Ausgabe der „Arbeit“, deren Redakteur Lothar Erdmann ist, soll in der zweiten Hälfte dieses Monats erscheinen.

## „Russische Zustände“ in Berlin.

Ein Nachspiel zum Zimmererstreik.

Der Streikleitung in Berlin wurde am 19. Mai gemeldet, daß in Reuenhagen gearbeitet, mithin Streikbruch verübt wurde. Sechs streikende Zimmerleute fuhrten per Rad dorthin, um sich von der Schlage zu überzeugen und die Streikbrecher zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Tatsächlich arbeiteten auf dem Erdmannschen Grundstück zwei Arbeitswillige. Der eine von ihnen legte aus Zureden seiner streikenden Kameraden denn auch die Arbeit sofort nieder, während der andere zu erkennen gab, daß er weiter als Streikbrecher arbeiten wolle. Aus dem Wortgefecht wurde eine Keilerei, in deren Verlauf der Arbeitswillige darauf zugerichtet wurde, daß er mehrere Tage im Krankenhaus zubringen mußte. Zwei der Berliner Streikenden wurden deswegen verhaftet, die übrigen fuhrten auf ihrem Rad davon. Mit den Verhafteten wurde auch der Streikleiter des Bezirks Osten angeklagt, da er die Abordnung der Streikenden zu ihrem Vorgehen aufgefordert haben soll.

Die drei Angeklagten hatten sich nun jüngst vor dem Schöffengericht Nichtenberg wegen Landfriedensbruch, Aufruhr, Zusammenrottung und schwerer Körperverletzung zu verantworten. Der Anwalt führte aus, daß mit den „russischen Zuständen“, die sich zur Zeit des Zimmererstreiks in Berlin abgespielt hätten, energisch aufgeräumt werden müsse. Der Streikleiter, dem eine Aufforderung nicht nachzuweisen war, sei freizusprechen, die beiden übrigen Angeklagten aber seien zu je zehn Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Der Verteidiger, der Genosse Löwenihal, wies auf das Streikrecht der Beklagten hin. Der Streik konnte nur mit Aussicht auf Erfolg beendet werden, wenn alle an dem Streikziel interessierten Arbeiter die Arbeit einstellen, die Arbeitsruhe allgemein durchgeführt werden konnte. Streikbrecher, die ihren Kameraden bewußt in den Rücken fallen, werden bei dem traditionellen Justiz- und Korpsgeist der Zimmerer nicht glimpflich angefaßt. — Der Streikleiter St. wurde freigesprochen, die beiden übrigen Angeklagten H. und K. zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. K. der sich mehrere Wochen in Untersuchungshaft befand, wurde auf freien Fuß gesetzt.

Ob der Arbeitswillige aus dem Vorfall die Lehre gezogen hat, in Zukunft nicht mehr den Streikbrecher zu machen und so sich selber Unannehmlichkeiten zuzuziehen und seine Berufskollegen ins Gefängnis zu bringen, sei dahingestellt. Wenn die organisierten Arbeiter werden auch daraus wieder die Lehre ziehen, daß solche Art der Zurechtweisung verfehlt ist. Es gibt Mittel und Wege genug, einem Streikbrecher beizubringen, daß es ein moralisches Verbrechen ist, seinen streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Für die urchwüchsigsten, primitiveren Auffassungen in solchen Dingen, wie sie insbesondere auch in Bauarbeiterkreisen noch teilweise herrschen, haben die Gerichte kein Verständnis. Sie sind im

allgemeinen auch längst überholt und müssen vollends preisgegeben werden. Wir dürfen der Reaktion kein Material liefern zur Einengung des Streikrechts und auch die Streikenden nicht der Gefahr aussetzen, ins Gefängnis zu kommen. Das Urteil ist, wie in allen derartigen Fällen, außerordentlich hart, selbst wenn es nach juristischen Begriffen einwandfrei sein sollte.

## Neue Löhne der Klempner.

In der Verammlung der Klempner berichtete Dietrich vom DKB über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Unternehmer erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen als die Bauarbeiter erhalten, und machten folgendes Angebot: Der Epiphanius beträgt in der Zeit vom 4. bis 31. Juli 88 Pf., vom 1. August bis zum 2. Oktober 90 Pf. Sollte sich die Inbegriffener um mehr als 5 Proz. verändern, so können auf Antrag einer vertragsschließenden Partei neue Verhandlungen anberaumt werden. Bezüglich des Manteltarifes trug die Verhandlungskommission keinerlei Bedenken, und stimmte für eine Verlängerung bis zum 31. Oktober. Durch diesen Entschluß bleibt noch wie vor die 46½stündige Arbeitszeit bestehen.

Die Verammlung hieß die Verlängerung des Manteltarifes gut, und gegen eine erhebliche Minorität wurde die neue Lohnvereinbarung angenommen.

# Wirtschaft

## Zur Gründung der Arbeiterbank.

Zu der in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Zuschrift der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine schreibt uns der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

In der Zuschrift der Großhandlungsgesellschaft wird gesagt, daß die seit 1909 bestehende Bankabteilung der GGG, bereits alle die Geschäfte betreibe, die sich die neue Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu machen vorgenommen habe. Diese Behauptung ist unzutreffend. Sie wird schon dadurch widerlegt, daß auch diejenigen Gewerkschaften, die ihren Selbstwehr teilweise über die Bankabteilung geleitet haben, mit der übrigen großen Mehrheit der Verbände stets darauf gedrängt haben, daß der ADGB, gemeinsam mit der GGG, eine richtige Bank gründen solle. Die Bankabteilung der GGG, genügt eben nicht allen Anforderungen, die die Gewerkschaften glauben, an eine Bank der Arbeiterbewegung stellen zu können. Die gemeinsame Gründung ist der GGG, oft von den Gewerkschaften angeboten und mit guten Gründen empfohlen worden. Dabei sollte die Existenz der Bankabteilung nicht angefaßt werden, weil sie speziell Aufgaben für die Genossenschaften zu erfüllen hat. Das in der Zuschrift erwähnte Angebot, eine Zweigstelle der Bankabteilung in Berlin zu errichten, war nur eine Episode in den stattgefundenen Verhandlungen. Diese Zweigstelle wäre noch weniger als die Bankabteilung geeignet gewesen, den Bedürfnissen der Gewerkschaften zu entsprechen. Daß die Genossenschaften an der neuen Arbeiterbank bisher als Mitaktionäre nicht beteiligt sind, ist nicht die Schuld der Gewerkschaften. Wir haben jedoch die begründete Hoffnung, daß ihre Beteiligung früher oder später noch erfolgen wird. Es wäre auch verfehlt anzunehmen, daß irgendein Gegensatz zwischen der neuen Arbeiterbank und der Bankabteilung der GGG bestehe.“

## Geschäftliche Mitteilungen.

Billige Schuhe bei guter Qualität bringt das bekannte Schuhfabrikat „Bähr“, „Mittelschuh“ mit den Hüllchen Götterbusch Schuh 12 und Götterbusch Schuh 14, in seinen preiswerten Galionsmarken. Diese Schuhe hat eine außerordentliche Auswahl, denn das Lager beträgt über 20.000 Paar. Der große Erfolg bei dieser Firma zeigt am besten, wie außerordentlich leistungsfähig sie ist, bis es zu ihrer Aufgabe gemacht hat, der Großhandlungsgesellschaft gute Schuhe zu billigen Preisen zu beschaffen.

Verantwortlich für Berlin: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gehrhaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schäfer; Redaktion: Dr. John Schönlank; Dr. Johannes und Sonstige: Fritz Katsch; Anzeigen: E. H. Gleditsch; Druck: Hermann-Broschdruckeri und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

## Berliner Elektriker-Genossenschaft

angesucht, dem Verb. sozialer Handwerker Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 — Fernsprecher: Norden 1199 — Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel — Ausführung sämtl. Reparaturen — Preiswerte, gediegene Arbeit —

**Weiglola-Haarfarbe - Haas**  
Neuestes Verfahren für Haarfarbe und Haarschönheit sowie Haarschönheit, ohne das Haar porös zu machen, mittels meines Haarschönheits-Apparates. Jedes verfarbte oder verbleichte Haar erhält wieder sein natürliches Aussehen. Separates Sprechzimmer.  
W. Hattfeldstr. 14.

# Unser Saison-AUSVERKAUF bis 60%

Der kolossale Andrang in unsern Verkaufshäusern beweist am besten, wie billig wir sind. Trotzdem haben wir in unserm Saison-Ausverkauf nochmals große Posten Schuhwaren herabgesetzt. Von der Unmasse unserer Artikel erwähnen wir wegen Platzmangels hier nur einige. Unser Lager ist über 30.000 Paar. Wir bitten, unsere 17 Schaufenster zu besichtigen.

5<sup>90</sup>  
Moderne breite Schiebesehnalle Spitze o. runde Form. Derselbe in braun echt. Chevreau 7.<sup>90</sup>  
Ca. 500 Paar  
**Weiß-Leinen-Schnürschuhe**  
für Damen in verschiedenen Ausführungen, modische spitze Form 2.<sup>95</sup>, runde Form 2.<sup>95</sup>

ca. 500 Paar  
**Damen-Luxus- u. Straßenschuhe**  
erstklassige Fabrikat, wie grau und braun. Samtschuhleder, Laschenpumpe, Sekelstr. etc. etc. in allen Größen, darunter  
**Orig. Goodyear Welt**  
braun und schwarz Boxkalf und Chevreau  
sehr schöne Sachen, durchweg Paar. . . . . 7.<sup>90</sup>  
**Damen-Halbschnürschuhe**  
moderne Form, R. Chevreau und Chromleder . . . . . 3.<sup>90</sup>  
**Braun, echt Boxkalf**  
Auf Rand gedoppelt, ganz spitze Form, bestes Material . . . . . 9.<sup>90</sup>  
**Braun Boxkalf Schiebesehnalle**  
auf Rand gedoppelt, erweicht Latschschiebesehnalle . . . . . 11.<sup>90</sup>

**Herrenstiefel**  
kräftiges Spaltleder, guter Arbeitstiefel . . . . . 4.<sup>90</sup>  
**do. echt Rindbox**  
schöne, breite u. spitze Formen 7.<sup>90</sup> 5.<sup>90</sup>  
**do. braun Boxrind**  
n. schwarz Boxkalf, darunter Original Goodyear Welt, echt R. Chevreau . . . . . 9.<sup>90</sup>  
**Original Goodyear Welt**  
allererst. Fabrikat, braun u. schwarz, prima Boxkalf, mit Nubuk-Einsätze, feinstes Lackschuh und besonders haltbar früher 14.<sup>90</sup> und 25.<sup>90</sup> jetzt braun 13.<sup>90</sup>, schwarz . . . . . 12.<sup>50</sup>

herabgesetzt. Beginn 1. 7.  
**Herrn-Halbschuhe**  
Braun Boxkalf, moderne spitze u. runde Form, darunter Original Goodyear Welt . . . . . 9.<sup>80</sup>  
**Herrn-Leinen-Halbschuhe**  
Auf Rand gedoppelt, mit weißem Rand prima Qualität, mod. spitze Form nur . . . . . 4.<sup>90</sup>  
**Herrn-Halbschuhe**  
Braun, echt Boxkalf, auf Rand gedoppelt, mod. spitze Form, sehr gutes Fabrikat, Orig. Goodyear Welt . . . . . 12.<sup>90</sup>  
**Herrn-Halbschuhe**  
echt R. Chevreau, mod. spitze Form 9-11 . . . . . 8.<sup>90</sup>

**Leder-Hauschuhe**  
in Leder, Halbschuh, schwarz und Krabbeli . . . . . 2.<sup>95</sup>  
**Pantoffel**  
I. Herren 65 Pf., I. Damen . . . . . 55 Pf.  
**Damenrumpfe**  
Gute Qualität . . . . . 55 Pf.  
**do.** prima Seidenstr . . . . . 95 Pf.

**Schuh-Lokal**  
Münster 25  
Turnschuhe  
in starkem Spaltleder oder Textonin. 36-41 75 Pf. 37-38 . . . . . 75 Pf.  
**Leder-Kinderstiefel**  
Gr. 18-20 . . . . . 60 Pf.  
Größere Kinderstiefel billig